



Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für außerordentlich 0,40 R.-M. Die Anzeigenzeitung im Anschlag an reaktionellen Zeitg. 79 mm breit kostet 2 R.-M., für auswärts 2,50 R.-M. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Postamt 2,25 R.-M. in der Reichs-Postverwaltung monatlich 2 R. 15. Postgebühr für den Monat 2,35 R.-M., einschließlich 0,72 R.-M. Postgebühr (ohne Postgebühren). Abdruckkosten: Für die Woche 1,10 R.-M., Einzelnummer 10 R.-M., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-M.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27981-27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Postfach: Dresden 2060

Nr. 101 / 39. Jahrgang x

Mit der Beilage „Technische Umschau“

Freitag, 1. Mai 1931

Frankreich im Zeichen der Präsidentenwahl

Leidenschaftliche Campagne der Rechtsparteien gegen Briand — „Daily Express“ verlangt Austritt Englands aus dem Völkerbund

„Briands Sieg ein Erfolg Deutschlands“

Telegramm unseres Korrespondenten

Paris, 30. April

Der politische Meinungskampf rings um die am 13. Mai stattfindende Präsidentenwahl nimmt bedeutende Formen an. Die nationalistischen Gruppen der Kammer veranlassen sowohl in Paris als auch in der Provinz Protestversammlungen gegen die Kandidatur des französischen Außenministers. In den zahlreicheren Entschlüsse wird die Behauptung aufgestellt, daß Briand den Einzug ins Elisee ein „Sieg Deutschlands“ und der „Kauf der Revision der Friedensverträge“ sei. Wird Briand es wagen, sich der nationalistischen Bewegung entgegenzustellen? Briand zeigte sich bisher sehr abgeneigt, gegen die Rechte eine offene Kampfstellung einzunehmen, und dürfte, getreu seiner bisherigen Haltung, diese Taktik nicht aufgeben. Es ist kein Zweifel, daß man gerade im letzten Augenblick in der Umgebung Briands den künftigen Kandidaten für die Präsidentenwahl als aussichtsreichsten Kandidaten für die Präsidentenwahl bezeichnet.

Die Wahl des Senatspräsidenten Paul Doumer zu verhindern, liegt den vereinigten Linksparteien der Deputiertenkammer und des Senats sehr am Herzen. Murrands plötzliche Schilderhebung ist als Antwort auf die Campagne der Rechtsparteien gegen Briand anzusehen. Für gewöhnlich ist die Umkehrung des Kandidaten Pierre Doumer unmittelbar nach der Präsidentenwahl. Doch soll den wählbaren

Angriffen der Rechtsgruppen gegen Briand dadurch die Spitze genommen werden, daß der französische Außenminister eine groß angelegte Rede über die Richtlinien der französischen Europapolitik halten wird, ehe die Genfer Verhandlungen ihren Anfang nehmen.

Die Leidenschaft, mit der die Diskussion über die Präsidentenwahlstandlagen geführt wird, erstreckt sich auch auf das gesellschaftliche Leben und gebt auch zum Thema derjenigen Kreise, die sonst politischen Auseinandersetzungen ihr Interesse verlagern. Wie gewöhnlich werden die einzelnen Kandidaten in Bezug auf ihre privaten Verhältnisse beurteilt. In der hochbürgerlichen Gesellschaft erhebt man beispielsweise gegen den erwähnten Senator Murrand den Vorwurf, daß er nicht kirchlich getraut sei. Dagegen macht man zugunsten des Senatspräsidenten Paul Doumer geltend, zwei Söhne im Kriege verloren zu haben.

Auch Maginot Kandidat

Paris, 30. April. (Durch Funkpruch)

Die französischen Rechtsparteien beschließen, wie „La République“ berichtet, mit Kriegsminister Maginot als Hauptkandidaten in den Kampf um die Kandidatur zu gehen. Um die Kandidatur und den Sieg Maginots sicherzustellen, leiteten die Rechtsparteien bereits den Kampf gegen den ebenfalls rechtstehenden Kandidaten, Senatspräsidenten Doumer, ein.

Die Schicksalsfragen für Großbritannien

Anlehnung an Europa oder Abkehr von Europa?

Telegramm unseres Korrespondenten

RF, London, 30. April

Die unruhige politische Lage in Europa hat in der englischen Außenpolitik zwei ganz verschiedene Strömungen hervorgerufen. Die Regierungskreise, zweifellos unterstützt von der Mehrheit der Bevölkerung, haben sich durch die Sorge um den europäischen Frieden bestimmen lassen, nach einer Periode der Wechselseitigkeit gegen den Kontinent wieder härter an den europäischen Vorgängen Anteil zu nehmen.

Amzelnen dieser Handlung sind etwa die bisher vergeblichen englischen Vermittlungsversuche im französisch-italienischen Notenkrieg, das neue starke Interesse für die Abrüstungskonferenz und die damit zusammenhängende Einladung an die deutschen Minister. Auch die Sinneswandlung in der U.S.A. und in der Reparations- und Kriegsschuldenfrage eingetreten ist, geht in der gleichen Richtung. Auf der anderen Seite ist aber auch die von jeher bestehende Tendenz zur englischen Isolierung verstärkt worden. Bezeichnend dafür ist ein interessanter Artikel, den der „Daily Express“, der bekanntlich von jeher ein Vorkämpfer der britischen Isolation war, heute veröffentlicht. Das Blatt erklärt, ohne dafür irgendwelche konkrete Belege anzuführen, daß

die Gefahr eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich

keineswegs von der Hand zu weisen sei. Die Spannung, die sich bei der Gelegenheit der deutsch-österreichischen Zollunion gezeigt habe, könne nur zu leicht in feierliche Verwicklungen mündete. Es frage sich, ob England bis zur „Explosion des Pulverfassens“ warten wolle, ehe es sich aus den gefährlichen europäischen Verwicklungen herauslöse. Als Mitglied des Völkerbundes und Unterzeichner des Völkerbundes sei England verpflichtet, eine der beiden Seiten gegen die andere zu unterstützen, wenn ein solcher Konflikt, wie der über den Vork von Wien, einmal zum Krieg führen sollte. Die entscheidende Wehrlegung sei, daß

der Krieg viel leichter ausbrechen könne, wenn jede der beiden Seiten sich auf die Unterstützung Englands verlassen zu können glaube.

In dem Maße der deutsch-österreichischen Zollunion steht der „Daily Express“ die Dinge folgendermaßen: „Sagen wir an, daß diese Angelegenheit zu einem

deutsch-französischen Krieges führt, in den die verbündeten Staaten hineingezogen werden. Wir glauben durchaus, daß man den Deutschen erlauben sollte, eine Zollunion mit den Österreichern zu bilden. Aber sollen wir wirklich unsere Jungen Leute in den Tod schicken, um dieses Ergebnis herbeizuführen? Andererseits glaubt Frankreich heute dazu anzuhalten zu sein, die Ökonomie in Europa anzuknüpfen. Aber soll unsere Jugend sterben, damit Frankreich herrschen kann? Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß England so schnell wie möglich aus dem Völkerbund austreten solle

und sich „seinen eigentlichen Aufgaben“ zuwenden müsse, die im Britischen Weltreich und in den Beziehungen zu Amerika liegen. Es sei jetzt noch Zeit für England, seine Handlungsfreiheit wiederzugewinnen, indem es sich aus Europa zurückzieht, aber vielleicht sei dies der letzte Augenblick, an dem dies noch möglich sei. — Dem Artikel des „Daily Express“ darf keine übertriebene Bedeutung beigemessen werden. Als Stimmungssymbol ist er aber sehr interessant und bezeichnend für die Auffassung der europäischen Lage in einem Teil der englischen Öffentlichkeit.

Vermittlungsaktion auf Madeira

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Lissabon, 30. April. (Durch United Press)

Die gegen die Russen gerichteten auf Madeira angelegten portugiesischen Regierungskräfte unter Führung des Marineministers haben jetzt doch noch dem Vermittlungsvorschlag des Bischofs von Funchal angenommen. Wie gestern berichtet wurde, hatte der portugiesische Marineminister zuerst das Angebot des Bischofs, zwischen beiden Parteien zu vermitteln, um Einverständnis zu verhindern, abgelehnt. Durch die angenommene Vermittlung haben die Russen eine Verlängerung des Ultimatum, das ihre bedingungslose Übergabe forderte, um 24 Stunden erreicht. Angewiesen dauern die Verhandlungen zwischen beiden Parteien weiter an. Der Marineminister ist der Ansicht, daß die Russen in Madeira bereit sind, sich zu ergeben, wenn auch nicht bedingungslos.

Böllige Einigung im Kabinett

B. Berlin, 30. April. (Eig. Drahtbericht)

Entgegen den ursprünglichen Dispositionen wird keine Sitzung des Reichskabinetts über die Zollfragen mehr stattfinden. Man ist sich so weit verstanden, über alle grundsätzlichen Fragen bereits am Dienstag einig geworden und hatte der Eichelbesprechung am Mittwoch nur noch eine Einzelheit mehr technischer Natur vorbehalten. Die Eichelbesprechung hat nun, wie wir bereits mitteilten, zu einer völligen Einigung zwischen den verschiedenen Ressorts geführt. Die Veröffentlichung der Entscheidung der Reichsregierung soll noch im Laufe des heutigen Tages erfolgen.

Das Kabinett wird seine Tätigkeit voraussichtlich durch eine kurze Anwesenheit unterbrechen. Die Reichsregierung wird vermutlich, worauf wir schon hingewiesen haben, noch vor der Genfer Tagung mit einer Notverordnung die Verhältnisse bei der Reichsfinanzpolitik ordnen. Die Arbeiten an dem Abriegen sozialpolitischen Fragenkomplex, vor allem an der Reform der Arbeitslosenversicherung, indes werden wohl kaum vor Anfang Juni abgeschlossen sein. Das Reichskabinett hat sich nun doch entschlossen, auf alle Fälle den Schlussbericht der Braund-

Kommission abzuwarten, ehe es selbst definitiv zu dem Arbeitslosenproblem Stellung nimmt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt heute morgen öffentlich alle bisherigen Mitteilungen über die bevorstehenden Beschlüsse der Reichsregierung in der Zollfrage für verfrüht. „Weder über die sogenannte alte Vorlage des Reichsfinanzministeriums“, so liest man in dem scharifiden Blatt, „noch über die neue, die bekanntlich lediglich den Witterzoll enthält, ist bisher eine Entscheidung im Kabinett gefallen. Auch die Meinungen über die Regelung der Weizenzollfrage eilen teils den Zeitungen voraus, teils sind sie, wie bezüglich des Mittels der Kontingentierung oder Höhe der Zollherabsetzung, direkt unrichtig.“ Diese Feststellung des Schicksal nachstehenden Organs sind einigermassen verwunderlich und scheinen lediglich auf Wortschäuber und Unzufriedenheit hinauszuweisen. Die endgültige Entscheidung steht, wie schon erwähnt, fest, nämlich ist. Daran werden auch die etwas verspäteten Dementis der „Deutschen Tageszeitung“ wenig ändern. Ueber die Möglichkeit einer Weizenzollherabsetzung, wie auch über deren Ausmaß, hat bereits, wie der „Vorwärts“ mitteilt, der Reichskanzler selbst gestern dem Sozialdemokraten Mitteilung gemacht.

Die Sozialdemokraten nicht befriedigt

VDZ, Berlin, 30. April. (Eig. Drahtbericht)

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erwiderte am Donnerstag die politische Lage. Er nahm zunächst einen einseitigen Bericht über die geistige Unterredung der Fraktionsexekutive mit dem Reichsfinanzminister Dr. Brüning entgegen. Im Vordergrund der Aussprache standen die Brotpreiserhöhung und

die von der Regierung geplanten Maßnahmen zur Senkung des Brotpreises

sowie die anstehenden dringlichsten Vorratserhöhungen für Getreide, Speck und Schmalz. Dabei wurden, wie es in dem parteiamtlichen Bericht heißt, keine Zweifel geäußert, ob die von der Regierung geplanten Maßnahmen zur Senkung des Brotpreises sich auch wirksam erweisen würden. Da die Regierung durch das Zollermäßigungsangebot vom 28. März verpflichtet sei, einer Erleichterung der Brotpreise über den Stand im letzten Halbjahr hinaus vorzubeugen, so müsse ver-

langt werden, daß nicht nur weitere Brotpreiserhöhungen verhindert, sondern die auch in den letzten Wochen eingetretenen Erhöhungen der Brotpreise rückgängig gemacht werden. Wenn nicht in kurzer Frist eine solche Auswirkung der Regierungsmassnahmen auf den Brotpreis erzielt werde, so werde die sozialdemokratische Fraktion weitere Schritte unternehmen, um die Regierung zur Ausführung der gesetzlichen Verpflichtungen zu veranlassen. Im übrigen äußerte der Vorstand, wie er in seinem Communiqué weiter berichtet, harte Bedenken gegen einen etwaigen Versuch, durch eine einseitige Finanzpolitik notwendige soziale Einrichtungen und Leistungen einzuschränken.

Eine endgültige Stellung zu dem Programm der Regierung könne erst erfolgen, wenn die Maßnahmen des Kabinetts deutlicher erkennbar sind.

Dann erst könne eine Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Notwendigkeit einer etwaigen Einberufung des Reichstags gefällt werden.

Reichspostaufträge für Sachsen

B. Berlin, 30. April. (Eigener Drahtbericht)

Die Verhandlungen der sächsischen Regierung mit der Reichspostverwaltung über eine Beteiligung der sächsischen Industrie an deren Beschaffungsprogramm sehen, wie wir hören, sehr vor dem Abschluß. Sie haben im großen und ganzen die sächsischen Wünsche zu befriedigen vermocht. Die Verhandlungen, die zum gleichen Zweck mit der Reichsbahnverwaltung geführt werden, befinden sich jetzt im Anfangsstadium und lassen ein Ergebnis noch nicht absehen. Daneben laufen noch Verhandlungen zwischen dem Verband sächsischer Industrieller und dem Reichsverkehrsministerium über gewisse Tariffragen.

Dr. Schacht und die Pariser Konferenz

Berlin, 30. April

Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht hat an den Präsidenten des Reichsdarlehns ein Schreiben gerichtet, in dem er verschiedene Punkte einer Veröffentlichung des Reichsdarlehns vom 20. April, die sich auf die Haltung Dr. Schachts während der Pariser Konferenz vom Mai 1920 bezog, als unrichtig bezeichnet.

Dr. Schacht stellt fest, daß der Vorwurf, er sei von der Reichsregierung vor und während der Pariser Konferenz nur ganz unzulänglich unterrichtet worden, sich in seinem Buche überhaupt nicht finde. Dieser Vorwurf sei erst für die Zeit nach der Konferenz erhoben worden. Er erklärt ferner, es sei unrichtig, daß er an die Streikmannschaft Unterhaltung mit dem Reparationsagenten keine Stellungnahme oder Rückfrage angeknüpft habe. Auch die Darstellung, er habe den Kabinettsbeschluss vom 8. Mai 1920

gewünscht, um die Gewißheit voller Deckung durch die Reichsregierung zu haben, entspreche nicht den Tatsachen. Im übrigen erklärt sich Dr. Schacht bereit, an der vom Reichsdarlehns geplanten umfassenden Untersuchung zur Klärung der geschichtlichen Vorgänge während der Reparationsverhandlungen teilzunehmen.

Das Reichsdarlehns, dem die Angelegenheit von der Reichsregierung zur objektiven und unparteiischen Prüfung übergeben worden ist, wird zu den von Dr. Schacht aufgestellten Behauptungen Stellung nehmen.

Dr. Renner Nationalratspräsident

„Ich grüße unser großes deutsches Muttervolk“

Telegramm unseres Korrespondenten

Wien, 30. April

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Karl Renner wurde gestern im zweiten Wahlgang mit 68 Stimmen gegen 18 Stimmen, die auf den zweiten Präsidenten Dr. Kamel entfielen, zum Präsidenten des Österreichischen Nationalrats gewählt. Die übrigen Stimmzettel wurden leer abgegeben. Dr. Renner hielt eine Ansprache, in der er die bisherige Tätigkeit des Nationalrats verteidigte. Dr. Renner kam auch auf die Vollmacht zu sprechen und erklärte: „Oesterreichs und Deutschlands Regierungen haben den ersten Schritt getan auf dem Wege ins Freie. Möge es gelingen, eine neue Wirtschaftsdarstellung für ganz Europa anzubahnen. Möge es gelingen, eine neue Wirtschaftsdarstellung für ganz Europa anzubahnen. Möge es gelingen, eine neue Wirtschaftsdarstellung für ganz Europa anzubahnen. Möge es gelingen, eine neue Wirtschaftsdarstellung für ganz Europa anzubahnen.“